Ethik oder Religion?

In Berlin tobt ein Streit um die Vermittlung von Werten in der Schule. Heinrich Wefing fordert ein Pflichtfach Religion: Sonst verkommt der Unterricht zur unverbindlichen »Gott-AG« am Nachmittag

Der Name ist geschickt gewählt, den sich die Berliner Gegner des Religionsunterrichts gegeben haben: Pro Ethik. Aber er suggeriert eine falsche Alternative. Niemand, nicht einmal die glühendsten Kirchenvertreter, wollen den Ethikunterricht in Berlins Schulen abschaffen. Sie wehren sich lediglich dagegen, dass der Religionsunterricht zum unverbindlichen Zusatzangebot verkommt, zur »Gott–AG« am Nachmittag, erteilt parallel zu Jazzdance. Ebendas aber ist die Konsequenz der geltenden Regelung und auch das Ziel vieler im Ethiklager, in dem sich allerlei antiklerikale Strömungen aus West– und Ostberlin versammelt haben. Die Initiative hieße besser »Contra Reli«.

Die Befürworter des Religionsunterrichts hingegen fordern lediglich, was einer liberalen Gesellschaft allemal gut ansteht: Wahlfreiheit für Schüler und Eltern. Jeder soll individuell entscheiden können, ob er am Ethikunterricht teilnimmt oder an einem konfessionell gegliederten Religionsunterricht. Beides in der Hauptunterrichtszeit, mit Zensuren und Zeugnisrelevanz. Freiheit oder staatliche Bevormundung?, das ist, zugespitzt, die Frage.

Dabei geht es nicht um den Wunsch nach möglichst vielen Angeboten für die Kleinen, denen neben Computerkenntnissen und Chinesisch auch noch ein wenig spirituelles Rüstzeug für die globalisierte Welt mitgegeben werden soll. Es geht darum, auf die großen Fragen nach Gott, nach dem Woher und Wohin, die alle Kinder irgendwann stellen, authentische Antworten zu bieten. Antworten von Lehrern, die sich mit ihrem Bekenntnis identifizieren und die Schüler mit der Geschichte der Religionen vertraut machen können, mit ihren Glaubensinhalten, mit ihren Differenzen und mit der prägenden Kraft der Religionen für die Kultur.

Tatsächlich kann ein anspruchsvoller Religionsunterricht die Welt weit jenseits von Kirche und Gemeinde erschließen. Er öffnet die Augen für Literatur und Philosophie, für Architektur und Musik. Wer die Bibel nicht kennt, sieht auf dem *Abendmahl* von Leonardo da Vinci nur ein paar langhaarige Männer in eigentümlichen Gewändern. Wer nie etwas von Religion gehört hat, wird nichts von der Geschichte Europas begreifen, nichts von den Kreuzzügen, von Investiturstreit und Dreißigjährigem Krieg, nichts von Aufklärung. Die Herausbildung des säkularen Staates, das jahrhundertelange Ringen um Gerechtigkeit und Menschenrechte all das ist ohne die jüdischen und christlichen Traditionen des Abendlandes gar nicht zu denken. Wer nichts von Religion weiß, geht blind durch die Welt, abgeschnitten von den Wurzeln unserer Kultur.

Nun behaupten aber die Befürworter des Ethikunterrichts, in einer kulturell zusehends zerklüfteten Gesellschaft gelte das nicht mehr. In teils kaum verhüllter Islamfeindschaft warnen sie vor dem Trennenden der Religionen und fordern, in der Schule müssten verbindliche Werte, interkulturelle Kompetenz und wechselseitiger Respekt vermittelt werden. Schon richtig. Aber es wäre eine erbärmliche Schule, in der das einzig in einem Fach »Ethik« geschähe. Dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, dass die Menschenrechte für alle gelten, dass sogenannte Ehrenmorde feige Verbrechen sind das muss die Schule in jedem Fach und in jeder Minute klarmachen. In Deutsch und Geschichte, auf dem Pausenhof und während der Klassenfahrt. Und, natürlich, im Religionsunterricht.

Vor allem aber ist die Prämisse falsch, ein Religionsunterricht, der getrennt nach Bekenntnissen erteilt wird, schade der Integration der in Deutschland lebenden Muslime. Im Gegenteil. Nicht der Glaube an Gott bedroht ja den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährlich ist nur religiöser Fanatismus, konkret derzeit: der islamische Fundamentalismus. Der aber gedeiht am Rand, in Hinterhofmoscheen und an Koranschulen, wo Import–Imame predigen, denen die moderne westliche Gesellschaft fremd ist.

Ein regulärer Islamunterricht an staatlichen Schulen hingegen würde die Beschäftigung mit dem Koran herausholen aus diesem Milieu der Abgekapselten, das auch vielen gemäßigten Muslimen suspekt ist. Und er würde den Staat zwingen, an deutschen Hochschulen die Ausbildung von islamischen Religionslehrern zu organisieren. Auf wissenschaftlicher Grundlage, in deutscher Sprache, im Einklang mit dem Grundgesetz.

Das sei staatlicher Paternalismus? Unsinn: Es wäre ein eindrucksvolles Symbol für die Ankunft des Islams in der Mitte der Gesellschaft. So wie heute Moscheen, auch große, gleichberechtigt neben Kirchen und Synagogen in unseren Städten stehen, so gehört auch ein staatlich beaufsichtigter Islamunterricht an unsere Schulen.

Davon profitiert eben auch der säkulare Staat selbst. Denn der lebt, wie es der Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde formuliert hat, von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Er ist angewiesen auf die Sinnstiftung durch vorstaatliche Institutionen. Wie die Kirchen, gleich welcher Konfession. Auch deshalb sind Staat und Kirche in Deutschland nicht laizistisch getrennt wie in Frankreich. Sie stehen einander nicht misstrauisch gegenüber, sondern in wohlwollender Halbdistanz. Der Staat schützt die Freiheit, nichts zu glauben, genauso wie die Rechte der Gläubigen. Dazu gehört, dass das Grundgesetz den Religionsunterricht an staatlichen Schulen den Kirchen überlässt, »als ordentliches Lehrfach«, wie es in der Verfassung ausdrücklich heißt.

Diese Normalität auch in Berlin herzustellen, das ist das Ziel. Nicht als Selbstzweck, sondern weil der Religionsunterricht mindestens drei Werte stärkt: Freiheit, Bildung, Integration.

Schule

DIE ZEIT, 08.01.2009 Nr. 03